

Naturschutz an NS-Großanlagen. Das Beispiel ehemaliger Westwall in Rheinland-Pfalz“

Kurzbericht über die internationale Tagung am 17. und 18.02.2016

Am 17. und 18. Februar 2016 veranstaltete die Hochschule Geisenheim University, Prof. Klaus Werk, die internationale Tagung „Naturschutz an NS-Großanlagen. Das Beispiel ehemaliger Westwall in Rheinland-Pfalz“. Hintergrund ist die Übertragung der Relikte des ehemaligen Westwalls vom Bund auf die Landesstiftung „Grüner Wall im Westen – Mahnmal ehemaliger Westwall“, die die Frage nach dem angemessenen Umgang mit diesen Relikten aktuell verschärft stellen lässt.

In seinem Einführungsvortrag wies Wolfgang Benz, langjähriger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, darauf hin, dass der Westwall kein Mahnmal im eigentlichen Sinn sei. Dieser Begriff sei den Orten vorbehalten, an denen der Opfer des NS-Regimes gedacht werden solle, wie zum Beispiel im ehemaligen KL Auschwitz oder Dachau. Der Westwall sei kein Experimentierfeld genozidaler Politik gewesen. Das ermögliche einen freieren Umgang mit dem Gelände, dessen Verfall nicht aufgehalten werden müsse. Der Westwall sei aktuell eine Herausforderung für die historisch-politische Bildung und erfordere den Einsatz von Landesmitteln.

Die anschließende Tagungssektion diene der Einbindung der Perspektive der europäischen Nachbarn Frankreich, Belgien und Luxemburg in die aktuellen Diskussionen.

Die drei ReferentInnen Bernard Klein, Leiter der Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Niederbronn-les-Bains, Carlo Lejeune, Leiter des Zentrums für Regionalgeschichte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, und Renée Wagener, Luxemburg und aktuell Fernuniversität Hagen, betonten, dass in ihren Ländern der Westwall in der Erinnerungskultur kaum präsent sei. Insbesondere der Vertreter Belgiens wies auf die Notwendigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit und der Aufarbeitung der Zeit des Zweiten Weltkriegs im grenzüberschreitenden Dialog hin, zum Beispiel in den Themen Judenschmuggel oder Kriegskinder. Er schlug vor, ein virtuelles Westwallmuseum zu schaffen.

In der folgenden Tagungssektion wurden die Themen Naturschutz, politische Bildung und Denkmalschutz am Westwall aufgerufen.

Werner Konold, Universität Freiburg, betonte, dass der Westwall keine „Erblandschaft“ im Sinn des Bundesnaturschutzgesetzes sei. Er sei vielmehr ein Produkt menschlicher Arbeit und insoweit eine Kulturlandschaft. Hier stelle sich einmal mehr das Problem, wie der Naturschutz mit der Zeit umgehe, insbesondere bezüglich der Bewertung von „Eingriffen“ im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Auch der Westwall sei letztlich aus heutiger Sicht ein großflächiger, erheblicher Eingriff in die Landschaft gewesen. Er wies darauf hin, dass sich insbesondere mit

den Grabensystemen, zu denen es umfangreiche Unterlagen des Bundesarchivs Freiburg gebe, niemand beschäftigt habe, dies aber unter Naturschutzgesichtspunkten lohne.

Nils Franke, Wissenschaftliches Büro Leipzig, stellte anschließend das im Auftrag des Umweltministeriums Rheinland-Pfalz erarbeitete Gutachten zur Rolle des Naturschutzes bei Planung und Bau des Westwalls vor, das die Verstrickungen der sogenannten Landschaftsanwälte in das NS-Regime und ihren Beitrag zur Entwicklung eines spezifisch nationalsozialistischen Naturschutzes nachzeichnet.

Roland Horne, Leiter der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz, stellte anschließend das Projekt „Neues denken am Westwall. Ein Projekt und seine Folgen“ vor, in dem FÖJlerinnen und FÖJler aus Deutschland und Frankreich die Themen „Rechtsextremismus“ und „ehemaliger Westwall“ bearbeiten. Ernst-Rainer Hönes verfolgte das Thema „Der ehemalige Westwall als Denkmal? Zugänge des Denkmalschutzes zu einer ehemaligen NS-Anlage“ vorwiegend aus Sicht des Denkmalschutzjuristen.

Der Vormittag des zweiten Tages der Tagung befasste sich mit der Rolle des Naturschutzes an anderen NS-Großanlagen in Deutschland.

Alexander Schmidt, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, betonte, dass Albert Speer mit der Planung des Reichsparteitagsgeländes 1934 begann, die pflanzensoziologische Kartierung von Reinhold Tüxen aber erst 1936 datiert sei. Es stelle sich die Frage, welche Funktion diese Kartierung gehabt habe.

Leo Schmidt, Universität Cottbus, referierte zur Denkmallandschaft Peenemünde. Er legte dar, dass die Planungen für die Wohnsiedlungsbereiche Ausdruck „anständiger Baugesinnung“ gewesen seien. Sinnvoll sei immer zu fragen, wer finanziell von den Bauvorhaben profitiert habe. Die Firmen, die in Peenemünde gebaut hätten, hätten schließlich ihr Geld bekommen. Dies gelte ebenso für Westwall und Atlantikwall. Der Geldaspekt sei ein Grund dafür, warum seitens der SS versucht worden sei, z.B. Mittelbau-Dora zu privatisieren.

Thorsten Hess, KZ Gedenkstätte Mittelbau-Dora, stellte den Planungsprozess für die Umgestaltung der Gedenkstätte dar.

In der Diskussion wurde deutlich, dass insbesondere im Bereich Peenemünde Konflikte zwischen Denkmalschutz und Naturschutz, konkret dem Artenschutz, bestehen.

Die folgende Tagungssektion beschäftigte sich mit der Erinnerungskultur an „grünen Orten“ des ehemaligen Westwalls. Rolf Übel, Archivar der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern, erläuterte die Konzeption des „Westwall-Wanderwegs“ in Steinfeld.

Frank Möller, Gesellschaft für interdisziplinäre Praxis e. V., stellte die regionale Erinnerungskultur im Bereich des Hürtgenwaldes dar. Probleme, hierbei die unterschiedlichen Akteure zusammenzuführen, wurden sehr deutlich. Herr Möller

betonte, dass der Grundsatz „man muss alle mitnehmen“ letztendlich im Bereich Hürtgenwald bedeutet habe, dass „die Besten“ das Projekt verlassen hätten.

Karola Fings, NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, beschäftigte sich mit dem „wildem Gedenken“ im Rahmen der unterschiedlichen Erinnerungskulturen am ehemaligen Westwall. Sie wies detailliert darauf hin, dass die Darstellung vieler privat betriebener Westwall-Museen den Anforderungen, die seitens des Deutschen Museumsverbandes aufgestellt worden sind, in keiner Weise genügt. So würde i.d.R. ganz gezielt der militärhistorische Aspekt des Westwalls betont, während andere Aspekte wie z.B. Zwangsarbeit oder Gestapo-Terror außen vor gelassen würden. Die Ikonographie dieser Museen zu dekonstruieren sei ein lohnendes Thema.

In der letzten Sektion der Tagung trugen zunächst zwei Vertreter des Naturschutzes Aspekte zum Westwall vor.

Oliver Röller, NATUR-Südwest, erläuterte das Thema „Der ehemalige Westwall als Biotopverbund in Rheinland-Pfalz“ anhand eines Abschnittes einer Höckerlinie in der Südpfalz. Im Sinn der Biotopvernetzung schlug er vor, diesen Abschnitt rechts und links jeweils um 500 m durch Pflanzung von Hecken, durch Anlage von Ackerrandstreifen usw. zu vernetzen. Eva-Maria Altena, BUND Landesverband Rheinland-Pfalz, erläuterte die Handreichung des BUND zu alternativen Verkehrssicherungsmaßnahmen an den Relikten des Westwalls.

Abschließend erläuterte Uwe Pfenning, Universität Stuttgart, seine Ergebnisse der kritischen Beobachtung der Tagung. Er differenzierte zwischen dem Westwall als Objekt und dem Westwall als Subjekt. „Westwall als Objekt“ meine, dass der Westwall von unterschiedlichen Gruppen als Objekt für ihre Anliegen aufgegriffen werde, zum Beispiel seitens der Wissenschaftler, der politischen Bildung, des Denkmalschutzes oder auch des Naturschutzes. Auf der Subjektseite des Westwalls gehe es in erster Linie um die Faszination, die die Relikte auf unterschiedliche Nutzergruppen ausüben. Hier seien insbesondere viele privat betriebene Museen zu nennen, die offensichtlich Ausdruck von Militärfaszination seien. Aber auch der Naturschutz, insbesondere bezüglich des Artenschutzes am Westwall, sei hier zu nennen (Faszination durch besondere Tier- und Pflanzenarten am Westwall). Zwischen den Naturschutzteilen, die sich mit dem Westwall als Objekt beschäftigen, und den Teilen des Naturschutzes, die unter der Faszination des Westwalls stehen, gebe es Konflikte.

Die Diskussionen im Verlauf der Tagung verliefen teils kontrovers und emotional. Dies betraf insbesondere die Rolle privat betriebener Museen am ehemaligen Westwall, deren Selbstverständnis und Sicht auf den Westwall kritisch hinterfragt wurden, wie auch die Rolle des Naturschutzes in der NS-Zeit, dessen Engagement für das nationalsozialistische Regime mit seinen Auswirkungen auf den heutigen Naturschutz und seine Konzepte nicht ausreichend aufgearbeitet worden ist. Eine klare Positionierung der politischen Bildung des Landes wie auch der Landesstiftung „Grüner Wall im Westen – Mahnmahl ehemaliger Westwall“ innerhalb der aktuellen

Diskussionen um die Verankerung der Deutungshoheit zum ehemaligen Westwall wurde von den Diskutanten eingefordert.

Die Tagung wird dokumentiert. Die Dokumentation soll möglichst noch in diesem Jahr erscheinen.